

Wohin steuert EUROPA - und HAMBURG ?

**Alles hängt mit allem zusammen -
Nichts kann getrennt voneinander gesehen werden.**

Das war das Thema der Distriktveranstaltung der SPD Groß Borstel anlässlich der EUROPA- und Bezirksamtsahlen am 9. Juni 2024, zu der die SPD Groß Borstel die EU-Kandidatin für Hamburg Laura Frick sowie die Kandidatin für die Bezirksamtswahl Tina Winter eingeladen hatte. Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste und der kurzen Vorstellung der Kandidatinnen durch Vorstandsmitglied **Helmut Vogt**, der auch die Veranstaltung moderierte, eröffnete die SPD-Bundestagsabgeordnete **Dorothee Martin** den Abend mit einer kurzen Grußbotschaft.

Dorothee Martin machte in ihrer Grußbotschaft deutlich, dass Brüssel eben nicht weit weg ist, denn von den Themen im Bezirk, über ganz Hamburg bis hin zu den großen EU-Themen beeinträchtigt alles das Leben der Menschen auf allen Ebenen. Je stärker die Wahlbeteiligung, desto weniger haben diejenigen eine Chance, die den Gedanken Europa verachten und zerstören wollen.

Danach schilderten **Laura Frick** und **Tina Winter** in ihren Beiträgen, wofür sie bei den kommenden Wahlen für das EU-Parlament und für das Bezirksamt stehen.

Laura Frick ist als Generation Schengen mit EUROPA aufgewachsen, nach Ausbildung und Stationen in Hamburg und Brüssel ist sie aktuell Referatsleiterin in der Hamburger Wirtschaftsbehörde. Sie erklärte, warum diese Europa-Wahl so wichtig ist. Es ist eine Richtungsentscheidung, denn viele der Nationalstaaten sind schon nach rechts gewandert und vor allem weiter als noch vor 4 Jahren. Jede Regierung entsendet eine/n Fachkommissar/in ins EU-Parlament – und die werden dann auch weiter rechts sein, weil die Regierung rechter ist. Auch Rassismus nimmt überall zu.

Es ist wichtig, ein starkes Signal für Europa zu setzen. Europa hat den Menschen viel gebracht – Frieden seit über 50 Jahren, den wir schützen müssen, denn er ist nicht selbstverständlich, wie wir mindestens jetzt an den überall herrschenden Kriegen auf der Welt sehen. Auch die Teilnahme ihres Vaters als Soldat am Kosovo-Krieg ist Laura noch lebhaft in Erinnerung. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, wie wir an Polen und Ungarn sehen, die ihr Justizsystem umgebaut haben oder versuchen, ihr Rechtssystem zu untergraben. Laura ist dankbar, dass sie in einem freien Land ohne Grenzkontrollen aufwachsen konnte, wo Menschen fast überall mit einer Währung bezahlen können.

Wenn vielleicht auch nicht alle EU-Gesetze toll sind, so ist aber die EU-Mindestlohnrichtlinie erkämpft worden; auch die Tarifbindung ist wichtig für gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können. Nicht zu vergessen die Hafen-Politik, denn wir müssen die Häfen nutzen für die Energiewende, weil wir Wasserstoff brauchen. In Hamburg haben wir hier alles an einem Ort, um Arbeitsplätze zu sichern. Wenn man nach Großbritannien schaut, da gibt es nach dem Brexit praktisch keine Mittelschicht mehr. Wir hingegen müssen uns diese erhalten. Das kann man aber nur im EU-Rahmen erreichen, wie wir auch generell den EU-Rahmen für unsere Interessen nutzen; in Diskussionen mit Abgeordneten aus allen 27 Mitgliedsstaaten, mit der Vielfältigkeit z.B. der liberalen Niederländer oder den sozialen Abgeordneten aus Schweden. Sei es ein Ladekabel für alle Geräte oder die digitale Nutzung; es ist für alles wichtig, sich im EU-Rahmen auszutauschen.

Dabei stehen zwei Menschen in großer Verantwortung für Deutschland: Olaf Scholz und Boris Pistorius, die beide mit Umsicht und Bedacht vorgehen und eben keine vorschnellen Entscheidungen treffen. Weiterhin müssen die finanziellen Mittel gebündelt werden und das Einstimmigkeitsprinzip in Europa muss weg, damit z.B. Orban uns nicht mehr erpressen kann. Es ist sein

Prinzip, bei wichtigen europäischen Themen nur zuzustimmen, wenn er auf einem anderen Feld dafür etwas für sich bekommt. Weiterhin sind wir auch daran interessiert, neue Mitglieder zu bekommen – z.B. die West-Balkanstaaten, weil China sich dort stark engagiert.

Wir sollten mitregieren auf einer Weltbühne, die immer komplexer wird, damit wir auch selbst gestalten können, was wir allein nicht hinbekommen.

Tina Winter ist Juristin, war lange im Kreisvorstand Hamburg-Nord und arbeitet als Angestellte in der Behörde. Sie kennt die Bezirksebene und die unmittelbare Politik im Gespräch vor Ort und weiß, dass oft parteiübergreifende Lösungen möglich sind. Sie ist 9 Jahre lang in einem Staat aufgewachsen, wo man nichts konnte, sondern oft nur Entscheidungen treffen musste, die man nicht wirklich wollte. Die Wende hat es ihr erspart, solche Entscheidungen zu treffen.

Wie kommt Europa hier unten im Bezirk oder in Groß Borstel an? Mit RISE z.B. wird sich der ganze Stadtteil weiterentwickeln. Viele EU-Fördergelder sind da hineingeflossen. Eine schöne Vorstellung, dass irgendwo in Straßburg, Brüssel, Rumänien oder Frankreich Menschen sitzen, die entscheiden, dass Gelder für RISE nach Groß Borstel fließen. Außerdem hat die Bundesregierung letzte Woche eine Strategie gegen Rassismus verabschiedet. Das betrifft auch die **Bezirkspolitik**, denn es ist wichtig, auf kleinster Ebene der Demokratie zu arbeiten. **Hier begegnen wir uns.** Um das Gemeinwesen zusammenzuhalten, ist es wichtig, Bürgerbeteiligungsprozesse auszubauen, Stadtteilkonferenzen, Kommunalvereine (hier in Groß Borstel besonders aktiv).

Eines unserer politischen Anliegen ist es, Fördergelder herzuholen, um in allen Stadtteilen die Stadtteilbeiräte weiter auszubauen. Ideen und Ansichten der Bürger/Bürgerinnen müssen in die Planungsprozesse einfließen können. Wenn vieles nur am Reißbrett gemacht wird, fehlt das Wichtigste. Durch Corona sind viele Strukturen weggebrochen. Man hat sich weniger getroffen und sich ein bisschen entfremdet. Das muss wieder zusammengeführt werden.

Gehwege, Mülleimer, öffentliche Toiletten, Dunkelheit im Winter; ab ca. 15:30 wird es schwierig, wenn man da zu Fuß unterwegs ist. Genau dort anpacken, wo es nötig ist, Wege besser machen und besser beleuchten, nicht nur die Straße. Wichtig ist auch die Förderung des Ehrenamtes – wie hier im Brödermannsweg z.B. der Breitensport. Hier ist Geld in den Rasen hineingeflossen, doch ohne Ehrenamt geht es nicht. Der Senat hat einen richtig guten Schritt gemacht in Richtung auf Wertschätzung des Ehrenamts. 100 Tage Ehrenamt im Jahr muss man nachweisen, um danach z.B. Erstattung in Cafés oder für Sport oder Kultur zu bekommen.

Der Bezirk ist die Schnittstelle zwischen der etablierten Politik und der Ebene vor Ort, die Basis für eine starke Zivilgesellschaft und Demokratie als Bollwerk gegen Rechtsextremismus.

In der sich nun anschließenden regen Diskussion, in der es zunächst um die Politik vor Ort ging, wurde deutlich, wie vielschichtig und komplex die Probleme sind. Es kamen die unterschiedlichsten Fragen auf, darunter auch eine Frage, die ihr so noch nie gestellt worden sei, meinte Tina Winter: Die Frage nach der Gleichbehandlung von Stadtteilen, der gleich guten Ausstattung. Tina Winter sagte, sie denke nicht, dass es wirklich große Unterschiede gebe; jeder Stadtteil müsse aber auch seine eigene Art, seine „Patina“ behalten. Natürlich sollten die modernen Ausstattungen überall gleich sein. Aber sie fand die Frage sehr interessant und wird sie in ihre Arbeit mitnehmen.

Es folgten Fragen und Kritik, aber auch Anregungen zur HH-Verkehrssituation im Allgemeinen, zu Autofahrern und Radfahrern, zu mangelnden oder schwindenden Parkplätzen hinsichtlich der Umgestaltung der Borsteler Chaussee im RISE-Programm, zum Anwohner-Parken (besonders im Kellerblek, obwohl da keiner wohnt!) oder auch zum Bänke-Programm, das noch immer nicht realisiert ist; längere Wege zu Fuß zurückzulegen, sei für ältere Menschen oft ein Problem. Überhaupt lebe man angesichts der Verkehrssituation als Fußgänger in Hamburg gefährlich, man werde vergessen. Es wurde gefragt, warum es keine Schilder für Radfahrer gebe und deutlicher

Ärger wurde laut, dass trotz zähen Ringens Tempo 30 auf der ganzen Borsteler Chaussee immer noch nicht realisiert werden konnte.

Im Vergleich zu Eppendorf z.B., meinte **Tina Winter** sei die **Parkplatzsituation in Groß Borstel** fast komfortabel und sie sei zuversichtlich, dass auch die Umgestaltung der Borst. Chaussee eine gute Lösung bringen werde. Helmut Vogt wies darauf hin, dass wir in einer Zeit des Verkehrswandels leben und eine Wende notwendig sei. Das Problem des Anwohnerparkens kennt Tina besonders gut aus Eppendorf. Wenn **Anwohnerparken** in ein Mischgebiet führe, wo der Einzelhandel ebenfalls parken muss, käme es zu einem regelrechten Kampf um Ausnahmen. Das Gesetzgebungsverfahren hatte dort nicht gut geklappt; und als das Anwohnerparken ausgesetzt wurde, waren die Parkplätze z.B. besetzt von Menschen, die außerhalb wohnen und z.B. in der Gastronomie spät abends arbeiten müssen; die haben dann keinen Bus mehr, um nach Hause zu kommen. Oder die Plätze waren z.B. besetzt durch Besucher von Veranstaltungen. Deshalb würde im Moment nicht weitergemacht. In Altona habe man bereits große Probleme, weil Handwerker dort nicht mehr hinfahren mit dem Argument, dass sie keinen Parkplatz bekämen. Auch bei den eingerichteten Parkhäusern am Flughafen sehe man, dass sie gar nicht in dem Umfang genutzt würden, wie es nötig wäre. Die Menschen parken eben einfach dort, wo sie immer geparkt haben.

Margrit Springhorn thematisierte die besonders für Fußgänger **gefährliche Verkehrssituation** am Anni-Glissmann-Weg, wo dringend bauliche Maßnahmen (z.B. Bügel) ergriffen werden müssten, um die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern zu erhöhen. Der zunächst abgeschmetterte Prüfantrag der SPD- und Grünen-Fraktionen an den Regionalausschuss FOLAG wurde erneut gestellt mit der Forderung, das Quartier-Management und den bürgernahen Beamten mit einzubeziehen. Und warum sich nicht an anderen Städten in Europa orientieren, wie man für alle Verkehrsteilnehmer gute Konzepte realisieren kann – wie z.B. wie in Paris?

Auch Tina Winter hält die Situation am **Anni-Glissmann-Weg** für gefährlich und bauliche Maßnahmen (z.B. Bügel) für notwendig. Man müsse auch nicht immer zu den Vorbildern in anderen europäischen Städten fahren, man könne die Verantwortlichen z.B. aus den Niederlanden, aus Wien oder auch Warschau (die haben dort gute Konzepte) herholen und sich deren Ideen zeigen lassen. Es gebe viele Städte, die manches schon besser machen als wir hier.

Ja, wir brauchen **Regeln für Radfahrer**, meinte Tina Winter. Die Verkehrsplanung ginge immer vom Schwächsten zum Stärksten. Die Straßengestaltung wird von den Fußwegen her entwickelt, die saniert oder komplett neu gemacht werden müssen. Es ginge z. B. nicht, dass Radfahrer mit Stöpseln im Ohr auf dem Fußweg fahren, was häufig zu Unfällen führe. Bisher hatte die Lobby der Radfahrer immer viele Gegenargumente, wenn man versuchte, eine Kennzeichnungspflicht durchzusetzen. In Dänemark und den Niederlanden z. B. wird die Kennzeichnungspflicht streng kontrolliert. Auch Kinder werden dafür früh sensibilisiert, wenn sie ihren Rad-Führerschein machen.

Eine Teilnehmerin machte ihrem Ärger Luft darüber, dass es der SPD nicht gelungen sei, die **Tempo 30-Regelung** in der Borsteler Chaussee durchzusetzen (falls es nicht im Vermittlungsausschuss noch zu einer Lösung kommt). Dies sei symptomatisch für deutsche Autofahrer, die offensichtlich ihre Identität daraus beziehen, Autofahrer zu sein, denn freie Fahrt sei ihnen wichtig. Und genau dieser Kampf werde auf den Straßen ausgetragen. In anderen Ländern wie z. B. in England oder Dänemark sei das anders. Wir sollten uns trauen, es bei uns zu ändern.

Auch Tina Winter zeigte sich sehr verärgert über diesen Fehlschlag. Besonders die Gegen-Argumentation „Wenn Tempo 30, dann keine Zebrastreifen mehr“ sei überhaupt nicht nachzuvollziehen. Sie warte den Vermittlungsausschuss ab, werde aber ohnehin weiter dafür streiten. Ein Teilnehmer regte an, Tempo 30 vielleicht über die Lärmbelästigung durchzusetzen – wie in Berlin. Dieser Vorschlag wurde allgemein begrüßt.

Ebenso begrüßt wurde der Vorschlag einer Teilnehmerin, so etwas wie ein **Hamburger Modell für den Verkehr** zu schaffen, mit praktischen Lösungen und besseren Kontrollen. Es sei völlig klar, dass Kinder und ältere Menschen im Straßenverkehr besonders zu schützen seien. Darüber hinaus habe das Bundesverfassungsgericht jedem Menschen das Anrecht auf einen Gehweg zugebilligt. Hamburg habe Erfahrung mit dem Hamburger Modell in den verschiedensten Bereichen. Wenn wir so etwas für den Verkehr realisieren würden, dann ginge das schneller als der lange Weg über die Bundespolitik (und wäre besser als „Warten auf Godot“ wie Tina meinte). Wir könnten Vorreiter sein für eine bessere Verkehrspolitik, die unter Umständen Beispiel für andere Städte/Gemeinden wäre.

Natürlich gab es auch viele Fragen zu Europa, zur **EU-Verfassung** wie zur **Agrarpolitik** oder zu **EU-Standards**.

Für **Laura** hat die **EU-Verfassung** ganz klar erhebliche Strahlkraft und sollte vor allem eine **soziale Fortschrittsklausel** enthalten, was bisher im Vertrag der EU nicht der Fall ist. Die Bundesregierung nehme das Problem sehr ernst und sei mit der Bürger-Bürgerinnen-Initiative voran gegangen, wo **Bürgerinnen** und **Bürger** bei der Entwicklung und Erprobung politischer Vorhaben direkt einbezogen wurden. Leider habe sich Ursula von der Leyen nicht wie besprochen daran gehalten, anschließend einen Konsens festzustellen. Die Bundesregierung arbeite aber schon weiter an Art. 7 (EU-Rechte eines Mitgliedlandes können ausgesetzt werden, wenn es die Grundsätze der EU gem. Art. 2 EU ernsthaft und anhaltend verletzt, wobei die Verpflichtungen dieses EU-Landes weiterhin bestehen bleiben) des Vertrags über die EU, der „Zähne bekommen soll“. Das Problem dabei sei vor allem die Einstimmigkeit – und um diese temporär auszuhebeln, brauche man wiederum Einstimmigkeit, und das gehe nur mit ständigem Druck und der Initiative eines arbeitsfähigen Parlaments, um bis 2030 eine Verfassung zu haben. Natürlich gebe es daneben Bereiche, wo die Einstimmigkeit vorherrscht, wie z.B. in der Sicherheitspolitik. Klar ist vor allem auch, dass die Rechten eine Art Verhinderungspolitik im Parlament betreiben, wogegen sich die Mehrheit im Parlament stemmen muss. Ein Teilnehmer warf ein, dass die Rechten den Einfluss der EU einschränken wollen – das Ergebnis sollte aber umgekehrt sein, nämlich **die Vereinigten Staaten von Europa**. Diese Aussage fand den ungeteilten Beifall des Publikums.

Laura erläuterte weiterhin auch gewisse **Schiefen bei bestimmten EU-Richtlinien**, wie z.B. bei der Gebäudesanierung. Da würden ganz viele Nachhaltigkeitsnachweise verlangt, oder auch beim Ausbau von Firmengebäuden, wo plötzlich statt einer Toilette fünf Toiletten gefordert würden. Oder die Landstromregulierung, die butterweich ist, während die EU auf der anderen Seite die Stickstoffwerte so weit runtersetze, dass man es in Hamburg fast nicht richtig hinbekommt. Manches passe nicht wirklich zusammen. Andererseits gebe es **gute Regulierungen**, wie z.B. das **Lieferkettengesetz**, das die Liberalen zwar nicht gut finden – doch haben sie keine eigenen Ideen, so etwas zu regeln. Oder die Regelung für die **Erstattung der Fahrkosten bei der DB**. Bisher konnte man Papierzettel einreichen, um 20% des Geldes wiederzubekommen – jetzt gehe das einfach **online** aufgrund einer EU-Regelung.

Wie Tina befürwortete auch Laura, sich an **Vorbildern anderer EU-Staaten/Länder** zu orientieren, um Dinge bei uns besser hinzubekommen. Wien z.B. sei ein Musterort, wie man Bauen in einer Großstadt hinbekommt. Oder auch die Bildungspolitik, wo die nordischen Länder ein gutes Beispiel liefern. Allerdings sei Hamburg mit Ties Rabe in dieser Hinsicht gut aufgestellt.

Die **EU-Agrar-Politik** beruhe auf der Versorgungssicherheit, woraus sich massive Subventionen entwickelt hätten. Allein 1/3 der Gelder gingen in die Agrarsubventionen. Aber nicht alle Betriebe erhielten die gleichen Mittel. Es sei nötig, auch andere Kriterien miteinzubeziehen, wie z.B. die Probleme der kleineren Betriebe oder z.B. den Krieg in der Ukraine, wo die Polen bereits für Ihr Getreide protestierten, weil für die Ukraine die Zölle abgeschafft worden waren. Es sei immer ein schwieriger Balanceakt.

Abukir Han fragte, wie Laura die **Standards in der EU** sehe, denn wir haben Freizügigkeit und Europäer/Europäerinnen können in jedem Land Europas arbeiten. Es müsse Mindeststandards geben, meinte Laura; zwar nicht überall die gleichen Löhne, aber man müsse davon leben können. Wenn ein Logistik-Unternehmer einen LKW-Fahrer aus Bulgarien anheuert und ihm 3,-- EUR Stundenlohn (wie in Bulgarien) zahlen will, ginge das nicht. Der Mann bekommt dort einen Vertrag, wo er arbeitet. Harmonisierung gehe nicht – aber Koordinierung sehr wohl. Es könne nicht sein, dass Saisonkräfte aus Rumänien, die zur Zeit von Corona hier gearbeitet haben, dann Corona bekamen und plötzlich hohe Krankheitskosten hatten.

Bei multinationalen Konzernen gebe es zwar Arbeitnehmervertreter, die seien aber „zahnlos“. Es sei wichtig, auch die Betriebsräte zu stärken, um die Möglichkeit zu haben Sozialverträge auszuhandeln. In einer grenzenlosen EU und in einem grenzenlosen Binnenmarkt müsse es Regelungen geben.

Gegen Ende der Diskussion wurde deutlich, dass sich **Tina wie auch Laura mehr Entscheidungsbefugnis für die Bezirksebene** wünschen. Nur das einfache Weiterleiten von Themen sei zu wenig. Vor allem Tina ist gegen die immer weitergehende Zentralisierung auf Senatsebene, wodurch auf Bezirksebene immer weniger entschieden werde. Eine Teilnehmerin meinte sogar, man habe den Eindruck, dass an Stelle der Bezirksebene oft Polizei oder Verkehrsamt entscheiden dürften. Das liege an der Hamburger Verfassung, meinte ein anderer Teilnehmer; der Senat entscheide alles. Man müsse „ein ganz dickes Brett bohren“, es auf dem Landesparteitag erwähnen und dem Senat als Aufgabe geben, den Bezirksämtern mehr Entscheidungsbefugnis zu überlassen.

Vor allem sei es wichtig, meinte Jörg Levin, dass wir eine **starke SPD** haben, damit wir unsere Anträge durchbekommen. Diesem Wunsch schloss sich Tina Winter an, denn **dann sollte es gerade mit der Verwaltung besser werden.**

Tina bedankte sich herzlich für die lebhafte Diskussion und schloss mit der Versicherung, die vielen vorgetragenen Fragen, Kritikpunkte und Anregungen für ihre Arbeit im Bezirk mitzunehmen und umzusetzen.

Auch **Laura** zeigte sich hocherfreut über die Veranstaltung und versprach ebenfalls, die vielen genannten Kritikpunkte und Anregungen auf EU-Ebene in Angriff zu nehmen und durchzusetzen, vor allem EU-Politik besser zu erklären als es bisher getan wurde.

Zum Schluss der Veranstaltung konnte **Mehria Ashuftah, Vorsitzende der SPD Groß Borstel** noch zwei Neuzugängen der SPD Groß Borstel ihr Parteibuch übergeben.

Die Diskussion im Sportheim im Brödermannsweg war zwar offiziell vorbei, ging aber bei Bier oder Wein oder welchem Getränk auch immer noch eine ganze Weile weiter...

Sybille Schmidt